

Polizeigewerkschafter Hüber tritt zurück

GdP-Vize nennt Vorwürfe aus Zeit als DDR-Grenzoffizier „rufmordähnlich“

Berlin – Der wegen Vorwürfen aus seiner Zeit als Offizier der DDR-Grenztruppen in der Kritik stehende stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Sven Hüber, ist zurückgetreten. Hüber begründete dies in einer am Mittwoch von der GdP verbreiteten Erklärung damit, die Anschuldigungen von der Gewerkschaft abwenden zu wollen. Die Vorwürfe wies er zurück, er nannte sie rufmordähnlich.

In der Erklärung hieß es: „Ich trete mit sofortiger Wirkung von meinem Amt zurück, weil es derzeit mehrere von mir angestregte rechtliche und gerichtliche Prüfungen gegen erhobene mediale verunglimpfende und rufmordähnliche Vorwürfe vor meinem Dienst in der Bundespolizei und vor der

GdP gibt.“ Während der gerichtlichen Auseinandersetzung über die Anschuldigungen wolle er die GdP davon fernhalten.

Der Rücktritt erfolgte demnach mit sofortiger Wirkung. Die GdP erklärte, „weiterhin im Zusammenhang mit Falschbehauptungen, Bedrohungen und verzerrten Veröffentlichungen“ straf- und zivilrechtlich gegen die Urheber der Beiträge vorgehen zu wollen.

Kontroverse um Artikel über AfD

Das rechtsgerichtete Portal Apollo News hatte unter Berufung auf die eidesstattliche Versicherung eines Zeugen berichtet, dass Hüber Ende der 80er Jahre als DDR-Grenzoffi-



Kündigt rechtliche Schritte an: Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Sven Hüber, ist zurückgetreten.

IMAGO

zier einen Gefangenen missandelt habe. Außerdem habe er die Durchsetzung des Schießbefehls an der Grenze zu Westdeutschland aktiv propagiert.

Hüber war zuvor innerhalb

der GdP wegen eines Artikels zu den Folgen einer möglichen AfD-Regierungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt in die Kritik geraten. Im Mitgliedermagazin der Gewerkschaft diskutierte er die Frage, was im Fall einer

Übernahme des für die Polizei zuständigen Innenministeriums in Sachsen-Anhalt durch die AfD passieren könne. Dabei schrieb er in seiner Funktion als GdP-Vizechef mit Blick auf die in dem Bundesland vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte AfD, Polizisten könnten kraft ihres Eids keine solche Partei wählen oder diese unterstützen. Außerdem rief Hüber dazu auf, dass Polizisten unter Umständen Widerstand gegen eine AfD-Regierung leisten müssten.

Mehrere GdP-Landesverbände distanzieren sich im Anschluss von Hüber. Die Vorwürfe aus seiner Zeit als Grenzoffizier der DDR wurden nach der Kontroverse um seinen Artikel erhoben.

afp